

Hans Haas  
Sprecher im Ortsvorstand

Attelweg 5  
85617 Aßling

Telefon: 08092-7371  
Email: [hans.haas1209@t-online.de](mailto:hans.haas1209@t-online.de)  
Internet: [www.gruene-ebe.de](http://www.gruene-ebe.de)

**17. Februar 2007**

## **Bauantrag für Mobilfunkantenne am Büchsenberg**

Die Grünen in Aßling, Emmering und Frauenneuharting haben sich am Freitag, 16. Februar auf ihrer monatlichen Ortsversammlung in Aßling über die aktuellen Ausbaupläne für den Mobilfunk in Aßling informiert.

Grünen-Gemeinderätin Waltraud Gruber berichtete über den Bauantrag der Mobilfunkbetriebsfirma O2 zur Errichtung einer Mobilfunkantenne nördlich des Sportgeländes auf dem Büchsenberg. Aus den Antragsunterlagen geht hervor, dass ein 39 Meter hoher Stahlgittermast für mehrere Einzelantennen projektiert ist. Die nachrichtentechnischen Funktionen und Parameter wie Frequenzen, Antennencharakteristiken, Sendeleistung sind aber nicht spezifiziert.

Conny Lang vermittelte als Anliegerin und Mitglied der Bürgerinitiative unserer Versammlung die Ziele der neu gegründeten Vereinigung. Im Vordergrund steht das Interesse, für alle Aßlinger eine Zunahme der von Mobilfunkbasisstationen ausgehenden gesundheitlichen Risiken zu verhindern. Dies wurde ebenso positiv aufgenommen wie die Absicht, sich möglichst konfliktfrei mit der Eigentümerin des Baugrundstücks für den O2-Mast auf einen Verzicht zu verständigen.

Grünen-Kreisrat Benedikt Mayer berichtete von Erfahrungen bei der Standortsuche in der Nachbargemeinde Emmering. Der Betreiber E-plus versucht dort zur Zeit nach erfolglosen Konsensbemühungen des Gemeinderats und trotz des freiwilligen Verzichts vieler Grundstückseigentümer einen genehmigungsfreien Standort zu finden.

In der Diskussion, an der sich u.a. weitere Anlieger, Mitglieder des Agenda-Arbeitskreises Dorfentwicklung und Energie sowie eine SPD-Gemeinderätin beteiligten, wurde klar, dass zusätzliche Auskünfte vom Antragsteller O2 notwendig sind. Für die geplante Informationsveranstaltung der Gemeinde am 6. März wäre auch zu wünschen, dass eine Juristin der Aufsichtsbehörde die rechtlichen Möglichkeiten erläutert.



Der Ortsverband Aßling-Emmering-Frauenneuharting der Grünen begrüßt den geschlossenen Widerstand der Bürgerinitiative und hofft wie sie, dass sich durch den Einsatz der Bürger die Errichtung einer weiteren Mobilfunk-Basisstation verhindern lässt.

Der aktuelle Stand der Wissenschaft spricht von „Hinweisen“ auf mögliche Gesundheitsrisiken und rät zu genauerer Erforschung. Also empfiehlt sich nach dem Vorsorgeprinzip möglichst große Zurückhaltung beim Ausbau der Mobilfunknetze. Die Antennen auf dem Feuerwehrhaus erzeugen schon heute sehr hohe Strahlungsflussdichten in der Ortsmitte. Eine weitere Erhöhung der Gesamtexposition der Bevölkerung in Aßling wollen wir verhindern. Langfristig ist unser Ziel eine Minderung der Belastung für ganz Aßling. Auch hier stimmen wir den Bestrebungen der Bürgerinitiative zu.

Die Anlieger des Büchsenbergs befürchten außerdem eine Beeinträchtigung des Ortsbilds und einen Wertverlust der Grundstücke durch die neue Antenne. Diese Besorgnis ist aus unserer Sicht realistisch. Neben dem möglichen Gesundheitsrisiko spricht auch dieser Faktor gegen eine Baugenehmigung für O2.

Mit jeder Mobilfunkantenne können Gesundheitsrisiken einhergehen. Unter diesen Umständen reichen normales „Verwalten“ und der übliche gute Wille bei der politischen Entscheidung nicht aus. Die Gemeinde hat das Standortgutachten zwar nicht geheim gehalten, aber auch nicht aktiv an die Öffentlichkeit gebracht, so dass sich viele Bürgerinnen und Bürger mangelhaft informiert fühlen. Die Anstrengungen zur Beteiligung der Bürger bei der Suche nach einer mit dem Gemeinwohl verträglichen Lösung müssen offenbar verstärkt werden. In diesem Sinne begrüßen wir die Ansetzung der Informationsveranstaltung und die Vertagung der Entscheidung. *(siehe auch Redebeitrag des Ortsvorstandssprechers Hans Haas bei der letzten Bürgerversammlung am 28. April 2006 im Anhang)*

Ursula von Berg  
Hans Haas  
Ortsvorstand

## Anhang

### Redebeitrag zur Bürgerversammlung Aßling am 28. April 2006 in Lorenzenberg von Hans Haas, Ortsvorstandssprecher von Bündnis90 / Die Grünen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

möchten sie die gute oder die schlechte Nachricht zuerst hören?

Also zuerst die gute: Das deutsche Grundgesetz und manches andere Gesetz werden abgeschrieben in Ländern, die eine demokratische staatliche Ordnung aufbauen oder ausbauen wollen. Ein Eckpfeiler einer solchen Ordnung ist **Öffentlichkeit**. Die öffentlichen Angelegenheiten werden in den Parlamenten und Gemeinderäten **öffentlich** verhandelt. Deshalb heißen sie auch öffentliche Angelegenheiten!

Jetzt die schlechte Nachricht: Leider gibt es bei uns wie in anderen Gemeinden einen Trend, dass **nichtöffentlich** verhandelt wird. In der Gemeindeordnung steht: „Sitzungen sind öffentlich, wenn nicht die Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder Ansprüche Einzelner entgegenstehen.“

Nun kann man sich fragen, wie es Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit sein soll, wenn zum Beispiel eine Wasserabgabensatzung nichtöffentlich verhandelt wird. Bürger sind vielleicht vom Ergebnis überrascht. Sie hätten es viel leichter akzeptiert, wenn sie gewusst hätten, wie es zustande gekommen ist.

Oder die Diskussion um den **Standort einer Mobilfunkantenne**: Muss es unbedingt ein Riesentheater geben wie in Zorneding?

Oder ein Gemeindeentwicklungsplan, der sich in einem Flächennutzungsplan niederschlägt. Es wird ziemlich langweilig im öffentlichen Gemeinderat, wenn vorher schon alles ausgewagt ist.

Ich möchte heute keinen Antrag stellen, aber den Gemeinderäten ans Herz legen, sich folgendes sehr genau zu überlegen:

**Ist es wirklich Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit, wenn Sie die Öffentlichkeit ausschließen?**

Vor der nächsten Kommunalwahl wird es noch mindestens eine Bürgerversammlung geben. Da reden wir dann noch einmal darüber.

Letzte Bemerkung:

In der Gemeinde Beschlüsse im Konsens zu suchen ist o.k. Aber dass die Gemeinderäte vor Peinlichkeiten geschützt werden sollen – das steht nicht in der Gemeindeordnung. Lassen Sie es die Bürger mitkriegen, wie die Beschlüsse zustande kommen!

Danke.